

Freie Demokraten

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen

FDP



Neues Polizeigesetz für NRW



**Bessere Trainingsmöglichkeiten
für unsere Feuerwehren**



**Individual-Verfassungsklage
jetzt auch in NRW**

Bericht aus dem Landtag

von Dr. Werner Pfeil MdL



Sehr geehrte Damen und Herren,

derzeit haben wir im Düsseldorfer Landtag Sommerpause. Ein guter Zeitpunkt, um Sie mit dieser Broschüre über meine Arbeit im ersten Halbjahr 2018 zu informieren.

Das erste Halbjahr 2018 war für unser Bundesland ein gutes Halbjahr. Die schwarz-gelbe Landesregierung ist bei

vielen Themen vorangekommen.

Auch für die Aachener Region gab es gleich mehrere Erfolgsmeldungen: Die Investitionen des Landes in den Flugplatz Merzbrück mit dem Ziel, aus diesem einen federführenden Forschungsflugplatz für autonomes Fliegen zu entwickeln. Eine enorme Chance für unsere gesamte Region. Der Erhalt der Förderschule Simmerath, der mir sehr am Herzen lag für den ich mich wiederholt persönlich eingesetzt habe.

Voran geht es auch bei dem schwierigen Thema Flüchtlinge, Asyl, Migration. Dank der guten Arbeit von FDP-Integrationsminister Dr. Joachim Stamp ist das Land Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg – trotz nicht immer einfacher Rechtslage auch bei der konsequenten Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern.

Für mich als Juristen ist die Einführung der Individualverfassungsbeschwerde natürlich ein absolutes Highlight der parlamentarischen Arbeit unserer Koalitionsfraktionen. Was noch in der letzten Legislaturperiode an zwei Parteien der heutigen Opposition scheiterte, ist nunmehr Beschlusslage. Bisher konnten vor dem Landesverfassungsgericht nur Institutionen klagen. Demnächst steht dieser Weg auch allen Mitbürgern unseres Landes offen.

Sehr gefreut habe ich mich über die Verbesserung der Übungsmöglichkeiten für unsere freiwilligen Feuerwehren. Als Ehrenamtler leisten deren Mitglieder eine großartige Arbeit. Aufgrund eines ständig verbessertem Brandschutzes und der damit verbundenen (glücklicherweise) rückläufigen Brände, fehlte es zuletzt an praxisnahen Übungen. Um Einbußen für den Ernstfall zu vermeiden, wird es demnächst in allen Regionen spezielle Übungsanlagen geben, auf denen spezielle Ernstfall-Ereignisse trainiert werden können. Bisher mussten die Feuerwehrleute für solche Übungen weite Anfahrten in Kauf nehmen.

Ich wünsche Ihnen nun viel Freude beim Lesen meines Halbjahresberichtes. Für weitere Informationen stehe ich Ihnen mit meinem Team jederzeit gerne zur Verfügung. Schreiben Sie uns einfach oder rufen Sie an.

Herzliche Grüße,

Ihr Dr. Werner Pfeil MdL

Freiwillige Ausreise ist die beste Lösung

Jede dritte ausreisepflichtige Person, die Deutschland 2017 verlassen hat, kam aus Nordrhein-Westfalen. Dies teilte der Landesminister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, Dr. Joachim Stamp, in Düsseldorf mit. Das bevölkerungsreichste Bundesland liegt somit bundesweit an der Spitze. Den Großteil der Rückkehrer machten die freiwillig Ausreisepflichtigen aus. Im Jahr 2017 reisten insgesamt 11.377 Personen mit einer Rückkehrförderung des Landes aus. Weitere 3.186 Personen verließen NRW ohne eine Förderung. FDP-Minister Dr. Stamp betonte wiederholt, dass die freiwillige Ausreise für alle Beteiligten die beste Alternative sei. „Wer als Ausreisepflichtiger die Chance der freiwilligen Rückkehr nicht nutzt, muss mit Abschiebung rechnen“, sagte der Minister deutlich. So konnte NRW die Zahl der Abschiebungen um 23%

gegenüber dem Vorjahr steigern und dies entgegen des bundesweiten Trends rückläufiger Abschiebungen. Insgesamt wurden 6.308 Personen im zurückliegenden Jahr abgeschoben.

Die Landesregierung hat sich darüber hinaus beim Abbau von Rückführungshindernissen eingesetzt. Beispielsweise konnten Verbesserungen mit Marokko hinsichtlich der Passersatzbeschaffung erreicht werden. In diesem Kontext begrüßte Dr. Stamp, dass die Abschiebungen von straffälligen Personen nach Marokko von 59 auf 315 im Jahr 2017 gesteigert werden konnte.



Parlamentariergruppe Benelux berät über Zusammenarbeit mit Nachbarländern

Im März kam die Parlamentariergruppe Benelux, der Dr. Pfeil MDL (rechts auf dem Bild) angehört, zu einer Sitzung mit Frau Dr. Uta Loeckx (Referatsleiterin NRW-Staatskanzlei) zusammen und beriet über die Zusammenarbeit mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg. Die Gruppe ist eine Arbeitsgruppe von Abgeordneten, die sich mit der Zusammenarbeit mit den Benelux-Ländern befasst.



Land investiert 4 Mio. € in Flugplatz Merzbrück

Ausbau zum wichtigen Forschungsflughafen für eMobilität in der Luftfahrt

Im Dezember 2017 brachte es Prof. Dr. Günter Schuh (RWTH-Professor und e.GO-Geschäftsführer) auf den Punkt: „Wir brauchen unbedingt eine neue Landebahn in Merzbrück und das schnell, wenn wir die Revolution des Fliegens von Aachen aus starten wollen.“ Damals war der FDP-Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart auf Einladung von Dr. Werner Pfeil MdL ins StädteRegionshaus nach Aachen gekommen, um sich über die Möglichkeiten des elektromobilen Fliegens zu informieren (Foto oben). Kein halbes Jahr später steht die Zusage des Landes Nordrhein-Westfalen 4 Mio. Euro in den Flugplatz Aachen-Merzbrück zu investieren. „Der Flugplatz erhält hierdurch eine Zukunft als Forschungsflugplatz. Dies ist eine enorme Bereicherung für unsere gesamte Region“, freut sich der Würselener Abgeordnete Dr. Werner Pfeil MdL.

Ertüchtigung und 10°-Schwenk der Landebahn

Kernmaßnahme der Investitionen ist eine Ertüchtigung der Landebahn in dessen Rahmen eine Verschwenkung um 10 Grad weg von der Bebauung stattfindet. Hierdurch gilt der Landesplatz als EU-Konform und seine Zukunft wird gesichert.

„Silent Air Taxi“ wird in Merzbrück entwickelt

Verschiedene Disziplinen der RWTH Aachen haben gemeinsam die Air Pace GmbH gegründet, um das Forschungsprojekt „Silent Air Taxi“ voranzubringen. Hierbei handelt sich um Leichtbauflugzeuge, die sechs Personen befördern können und als besonders geräuscharm gelten.



„Wenn Sie 100 Meter neben der Landebahn stehen, können Sie das Flugzeug schon nicht mehr hören“, schilderte Prof. Schuh im Dezember die großen Vorteile und vergleicht die Lautstärke beim Start mit einer Waschmaschine.

Enorme Chancen für Würselen und die Region

Dr. Werner Pfeil MdL sieht die Förderzusage als enorme Chance für den Standort und die gesamte Region: „Welche positiven Effekte eine solche Innovation z.B. für den Arbeitsmarkt haben kann, muss man nach Streetscooter und e.GO in Aachen, denke ich, niemandem mehr erläutern.“

Baustart im Frühjahr 2019

Nachdem Ministerpräsident Armin Laschet am 19. Juli 2018 auf einer Tagung in Aachen die Förderung bekanntgab, teilte Prof. Dr. Schuh mit, bereits im Frühjahr nächsten Jahres mit den Bauarbeiten beginnen zu wollen. Ziel sei eine Fertigstel-

lung im Jahre 2020.

Entwicklungskosten 100 Mio. Euro– Serienreif in 5 bis 7 Jahren

Die Entwicklung eines Flugzeugmusters soll dann ca. drei Jahre in Anspruch nehmen bei Entwicklungskosten von ca. 100 Mio. Euro. Prof. Schuh rechnet mit einer Serienreife in fünf bis sieben Jahren.

Verknüpfung mit Güterverteilzentrum Stolberg sinnvoll

Dr. Werner Pfeil MdL begrüßt und unterstützt die Verknüpfung mit dem Güterverteilzentrum „Euregio-Rail-port“ in Stolberg. „Beide Projekte sind für die Region sehr wichtig, insbesondere im Hinblick auf die Zeit nach der Braunkohle“, führt Dr. Werner Pfeil MdL aus. Es gibt bereits eine gute Euregiobahn-Verbindung zwischen Stolberg und Merzbrück, die man weiter ausbauen solle. Des Weiteren fordert Dr. Pfeil nun auch den Bauabschnitt der L238 zwischen Stolberg und Eschweiler voranzubringen.



**Merzbrück:
Forschungsstandort
der Zukunft**

Neues Polizeigesetz für NRW

Pfeil: Wir möchten ein funktionierenden Rechtsstaat in dem sich alle Einwohner sicher fühlen können

Als NRW-Innenminister Herbert Reul im Februar das Sicherheitspaket I zur Reform des Polizeigesetzes NRW vorgestellt hat, war für Dr. Werner Pfeil MdL bereits das Ziel klar: „In NRW muss man sich zu jeder Zeit und an jedem Ort sicher fühlen können. Der Rechtsstaat muss funktionieren“. So hat der Würselener Abgeordnete dann auch in den folgenden Monaten im Innenausschuss des Landtages daran mitgearbeitet, dieses Ziel zu erreichen.

„Es ist wichtig, dass unsere Polizei über eine zeitgemäße personelle und materielle Ausstattung verfügt und im Rahmen unserer Gesetze Terroristen und kriminelle Banden verfolgen kann“, so Pfeil weiter.

Mit den Anregungen aus der Anhörungen erweitert die NRW-Koalition mit dem neuen Polizeigesetz die Befugnisse an die gestiegenen Anforderungen aus der Praxis, insbesondere bei den Anti-Terror-Vorschriften. Unter Achtung der Freiheitsrechte der Bürger.

Starkes Vorgehen gegen Gefährder

So soll beispielsweise im Rahmen der Telekommunikationsüberwachung auch die Quellen-Telekommunikationsüberwachung möglich sein. Dies bedeutet, dass die Ermittler auch auf die Kommunikation in verschlüsselten Nachrichtendiensten zugreifen können. „Wenn Terroristen ihre Anschläge längst per WhatsApp planen, können wir uns kein Polizeigesetz aus dem Wählschei-

ben-Zeitalter leisten“, sagte Minister Reul plakativ. Des Weiteren soll es nach der neuen Gesetzeslage möglich sein, gegen Gefährder ein Kontakt- und Aufenthaltsverbot zu verhängen mit der Zielsetzung den Bewegungsradius der Personen einzuschränken. Eine entsprechende Überwachung der Personen wäre durch eine Elekt-



Christian Mangen MdL, Alexander Brockmeier MdL u. Dr. Werner Pfeil MdL bei einem Austausch zum neuen Polizeigesetz

ronische Fußfessel möglich. Auch sieht das Gesetz eine Ausdehnung des Unterbringsgewahrsams in Ausnahmefällen von bisher 48 Stunden auf bis zu 14 Tage vor.

Strategische Fahndung kommt

Die Strategische Fahndung wird es auch in NRW ermöglichen verdachtsunabhängige Anhalte- und Sichtkontrollen durchzuführen, aber stets unter Berücksichtigungen der aktuellen europa- und verfassungsrechtlichen Vorgaben und Rechtsprechung. Die Landesregierung prüft derzeit die Verfassungsmäßigkeit.



Mehr Stellen für die Aachener Polizei

13 Verwaltungsmitarbeiter zur Entlastung der Polizisten und zwei weitere Polizisten“, erläutert Innenausschussmitglied Dr. Werner Pfeil. Landesweit wird die Polizei bis 2024 über gut 1.000 Beamte mehr verfügen als heute. Insgesamt werden dann 41.000 Personen im Poli-

Die Aachener Polizei kann sich über einen Zuwachs von 15,75 Planstellen freuen. Dies hat die kürzlich von Landesinnenminister Reul vorgestellte „Belastungsbezogene Kräfteverteilung“ für die Jahre 2017 und 2018 ergeben. „Es handelt sich hierbei um

zeidienst des Landes tätig sein. „Ich bin über diese Entwicklung sehr erfreut. Eine personell gut ausgestattete Polizei ist in Zeiten der ständigen Terrorgefahr wichtiger denn je“, so Pfeil.

Mehr Personal für Bundespolizei gefordert

Viele Bundespolizisten aus Aachen sind unverändert in Süd-Deutschland eingesetzt. Die FDP-Bundesfraktion fordert den alten Zustand wiederherzustellen.

Seit Beginn der Flüchtlingskrise wurde der Personalbestand der Aachener Bundespolizei drastisch reduziert, um die Beamten im Süden der Republik einzusetzen. Nach Berichten der Aachener Zeitung ist für die Behörde ein Personal-Soll von 290 Planstellen ausgegeben. Derzeit stehen der Bundespolizei für die Aachener Region jedoch nur 170 Beamte zur Verfügung. Es sind also derzeit 120 Planstellen in Aachen verweist. „Die Bundespolizei erfüllt im Aachener Dreiländereck wichtige Aufgaben. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Be-

amte aus der Region immer noch im Süden eingesetzt werden. Wir müssen schnellstmöglich zur alten Besetzung zurück“, ärgert sich Pfeil. Zuletzt gab es vermehrt Berichte über illegale Einreisen über die Aachener Grenze in Lichtenbusch (A44).

Die FDP-Bundestagsfraktion hat zu dieser Thematik eine kleine Anfrage gestellt. Vermutlich ist jedoch nicht mit einem Ergebnis vor der bayrischen Landtagswahl zu rechnen.

Individualverfassungsbeschwerde startet

Auch einzelne Bürger können beim Landesverfassungsgericht Klage erheben. Bisher war dies Institutionen vorenthalten

Das Einreichen von Klagen vor dem Landesverfassungsgericht war bislang nur Institutionen wie z.B. Kommunen oder der Opposition im Landtag vorenthalten. Nun können auch einzelne Bürger klagen, deren höchste Instanz in Nordrhein-Westfalen bislang die Oberlandesgerichte waren. Nordrhein-Westfalen folgt damit anderen Bundesländern, die diese Möglichkeit bereits erfolgreich eingeführt haben. Derzeit ist diese Form der Beschwerdemöglichkeit in 11 von 16 Bundesländern möglich.

Dirk Wedel, Staatssekretär im Justizministerium, nennt folgende Beispiele für solche Klagen: „Durfte die Stadt eine bestimmte Demonstration verbieten? Ist der Gebührenbescheid der Feuerwehr für einen Rettungseinsatz rechtmäßig? War es in Ordnung, dass die Polizei jemanden vor dem Fußballstadion mehrere Stunden in Gewahrsam genommen hat?“

Instanzen auf Bundesebene– wie etwa das Bundesverfassungsgericht– können nur die Einhaltung des Bundesrechts prüfen. Davon ausgeschlossen sind nur allein in der Landesverfassung verbürgte Grundrechte, wie das eines Kindes auf Teilhabe, das es in der NRW-Verfassung gibt, nicht aber im Grundgesetz.

Gutachter begrüßen Vorhaben

In einer öffentlichen Anhörung Ende Mai im Rechtsausschuss begrüßten die Sachverständigen einhellig das Vorhaben der NRW-Koalition. So äußerte sich der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes und Staatsrechtler, Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, dass die Einführung in der Sache „uneingeschränkt zu begrüßen“ sei.





v.l. SädteRegionsrat Helmut Etschenberg, Bürgermeister Karl-Heinz Hermanns, Ministerin Yvonne Gebauer und Dr. Werner Pfeil MdL in der Förderschule Nordeifel

Förderschulstandort Simmerath gesichert

Mindestgrößenverordnung für Förderschulen sichert Standort bis 2023.

Bereits unmittelbar nach den Koalitionsverhandlungen im letzten Jahr hat sich Dr. Werner Pfeil MdL um den Erhalt des Förderschulstandortes in Simmerath bemüht und die Landesbildungsministerin Yvonne Gebauer nach Simmerath eingeladen (Bild). „Der Standort ist für die Nordeifel unabdingbar“, hatte Pfeil seinerzeit noch gekämpft um die drohende Schließung abzuwenden. Diese wäre eine Folge der Politik der vorherigen Landesregierung von SPD und Grünen gewesen, die Förderschulkinder krampfhaft in Regelschulen unterrichten wollten. Anfang Juli hat

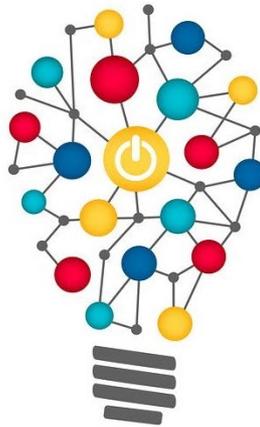
die Ministerin nun verkündet, dass der Förderschulstandort erhalten bleibt und bis 2023 gesichert ist. „Politik ist oft das Bohren von dicken Brettern, aber es lohnt sich“, hatte sich Pfeil nach der Verkündung der Mindestgrößenverordnung gefreut. Ministerin Gebauer betont nochmals, dass die Regierung an den Förderschulen festhalten möchte, da den betroffenen Kindern dort eine intensivere Förderung zugutekommt als in den Regelschulen. Des Weiteren spiele der Elternwille für sie eine große Rolle.

Gründer willkommen! Neues Stipendium in NRW

Die Landesregierung hat jetzt das Gründer-Stipendium auf den Weg gebracht. Der liberale Wirtschaftsminister Prof. Andreas Pinkwart hat hierzu die Förderbedingungen vorgestellt. Der FDP-Landtagsabgeordnete Dr. Werner Pfeil ruft alle Menschen in Aachen und in der StädteRegion mit einer guten Idee und dem Willen zur Gründung auf, sich für ein Stipendium zu bewerben.

„Auch in Aachen und in der StädteRegion heißt es nun: Gründer willkommen! Mit dem Gründer-Stipendium schafft die NRW-Koalition Chancen für gute Ideen“, freut sich Pfeil. Die Initiative zeigt, dass die Freien Demokraten ihre Überzeugung auch in Regierungshandeln übertragen. „Chancen dürfen niemals von der Herkunft abhängen. Wer mit einer guten Idee gründen will, soll dies auch ohne ein bereits vorhandenes Vermögen tun können“, sagt Pfeil. Mit dem Gründer-

Stipendium unterstützt das Land innovative Jungunternehmer und Startups jeweils bis zu ein Jahr lang mit 1.000 Euro monatlich und gibt den Gründerinnen und Gründern damit die Möglichkeit, ihre Idee auszuarbeiten. Die Vergabe der Stipendien erfolgt dezentral über die Gründernetzwerke vor Ort. Pfeil: „Der dezentrale Ansatz ist der richtige Weg, um die Unterstützung nah an und in die Szene zu tragen.“



Nun ist es an den Tüftlern, Zukunftsunternehmern und Visionären, sich mit ihrer Idee für ein Stipendium zu bewerben. „Ich ermutige potentielle Gründer ausdrücklich, sich für das Programm zu bewerben. Wir sind neugierig auf spannende Konzepte, zukunfts-

trächtige Projekte und innovative Geschäftsmodelle und hoffen auf starke Bewerbungen auch aus Aachen und der StädteRegion“, so Pfeil.



Gelungenes Sommerfest der FDP-Landtagsfraktion im Landtag

In diesem Jahr fand das Sommerfest der Liberalen im Düsseldorfer Landtag mit der Aachener Künstlerin Sarah Linke, die derzeit einige Ihrer Werke im Landtag ausstellt, statt. So trafen sich spontan die drei Aachener (v.l.) Ministerpräsident Armin Laschet, die Künstlerin Sarah Linke und Dr. Werner Pfeil MdL.



DocMorris- ein Vorzeigebispiel für die Themen grenzüberschreitende Ausbildung und Berufswelt

Gemeinsam mit dem niederländischen Regionalminister für Wirtschaft und Wissenschaft von Limburg, Joost van den Akker (VVD), und interessierten FDP-Mitgliedern besuchte Werner Pfeil den Pharmazie-Direktvertrieb DocMorris. Der Betrieb ist ein gutes Beispiel für die Mög-

lichkeiten, die ein grenzüberschreitender Arbeitsmarkt bietet. DocMorris zieht erfolgreich Auszubildende und Arbeitnehmer aus Deutschland an und unterstützt die Grenzpendler dabei Hürden zu überwinden.



Mehr Wertschätzung für unsere Soldaten

Alleine in Nordrhein-Westfalen unterhält die Bundeswehr 25 Standorte mit 30.000 Dienstposten. Der Austausch einiger Abgeordneter der FDP-Landtagsfraktion mit dem neuen Landeskommmandeur Brigadegeneral Thorsten Gersdorf war somit von großer Bedeutung. Bei dem Termin im Landtag wurde unter anderem über Fragen der Zivil-Militärischen Zusammenar-

beit, der Nachwuchsgewinnung und der Reservistenarbeit gesprochen. Die Liberalen setzen sich für eine bestmögliche Unterstützung der Streitkräfte ein. Hierzu gehören Investitionen in eine bessere Ausstattung, aber auch mehr Wertschätzung für die Bürger in Uniform.

Spannende Diskussion mit Liberalen in Mechernich



Unter dem Motto „1 Jahr im Landtag“ besuchte Dr. Werner Pfeil MdL die Liberalen in Mechernich und diskutierte mit Mitgliedern und interessierten Bürgern über seine Arbeit im Landtag. Besonders bewegte die Anwesenden das belgische Atomkraftwerk Tihange. In diesem Kontext kritisiert der Würseler Abgeordnete die Geheimhaltung der belgischen Behörden, die anerkannten Experten unverändert den Zugang zu Doku-

menten verweigern. Es sei jedoch ein Fortschritt, dass der FDP-Minister Prof. Pinkwart bei Gesprächen in Brüssel erreichen konnte, dass die Kraftwerke nicht über 2025 hinaus am Netz bleiben sollen. Dies sei von der belgischen Seite in der Tat in Erwägung gezogen worden. „Auch wenn es diese Zusage bislang nur mündlich gibt, ist dies bereits ein Fortschritt“, so Pfeil, der bereits mehrere Plenarreden zu dem Thema gehalten hat. Des Weiteren wurde intensiv über den Ab-

stand von Windkraftanlagen zu bebauten Gebieten diskutiert, da dieser bei reinen Wohngebieten größer ist als Wohn- und Gewerbegebieten (sog. Mischgebieten), die im Kreis Euskirchen hauptsächlich vorhanden sind. Bürger in diesen Gebieten seien gegenüber Bürgern in reinen Wohngebieten benachteiligt.

Landesregierung bringt A1-Lückenschluss voran

Das beschleunigte Planungsverfahren für das Teilstück zwischen Blankenheim und Lommersdorf soll binnen der kommenden zwei Jahre abgeschlossen werden. Die Landesregierung bildet hierzu einen Stab von fünf Personen. Anlass für den Fortschritt ist der Durchbruch der Landesregierung bei der Routenfindung, die durch das Haselhuhn (eine seltene Vogelart) lange Zeit blockiert worden war. Der neue Trassenverlauf soll nun nicht mehr durch das

Vogelschutzgebiet, sondern um dieses Gebiet herum verlaufen. Einem entsprechenden Planungsentwurf stimmte auch die Umweltbehörde zu. Die Regierung in Düsseldorf erhofft sich hierdurch ein rechtssicheres Verfahren. Die Bundesregierung habe bereits zugesagt, die Mehrkosten von 60 Mio. Euro zu übernehmen, um das Projekt endlich abschließen zu können.

Für die Maßnahme sind nun insgesamt 303 Mio. Euro veranschlagt.



Besuch beim größten Solarpark des Landes in Herzogenrath

Gemeinsam mit IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Bayer und Mitgliedern der Herzogenrathener FDP besuchte Dr. Werner Pfeil Anfang März die Nivelsteiner Sandwerke, die den größten Solarpark in NRW betreiben. Geschäftsführer Charles Russel erläuterte die 110jährige Firmengeschichte des Sandabbaus im Stadtteil Wildnis, der sehr wichtig für die benachbarte Glasproduktion von Saint Gobain ist. Neben dem klassischen Sandgeschäft hat die Familie vor Jahren auf der alten Abraumfläche Nord-

rhein-Westfalens größte Photovoltaikanlage erbaut. An der für dieses Vorhaben gegründeten Zweckgesellschaft Green Solar Herzogenrath GmbH ist auch die Stadt Herzogenrath und der Energieversorger Enworbeteiligt. Pfeil zeigte sich beeindruckt von der Dimension der Anlage: „Diese Solaranlage ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie die Energiewende gestaltet werden kann. Eine zuvor ungenutzte Fläche kann nun optimal für die Stromerzeugung genutzt werden.“

Dr. Werner Pfeil MdL begrüßt als für die Eifel zuständiger Abgeordneter die geplanten Maßnahmen: „Der Lückenschluss ist seit Jahren überfällig. Es ist zu begrüßen, dass es nun vorangeht und das Planungsverfahren in den kommenden zwei Jahren abgeschlossen werden kann. Dieser Lückenschluss ist für den Kreis Euskirchen von großer Bedeutung.“





Konstruktiver Austausch: Dr. Werner Pfeil MdL besuchte mit Bürgermeister Tim Grüttemeier die Stolberger Feuerwehr



Übungsmöglichkeiten für Feuerwehrleute verbessern!

Dr. Werner Pfeil MdL im regen Austausch mit den Feuerwehren der Region. NRW-Koalition investiert in bessere Übungsmöglichkeiten.

Bei einem Besuch der Feuerwehren in Würselen, Herzogenrath und Stolberg (Bilder oben), wurden vor Ort Probleme und Verbesserungspotential besprochen.

Bei der Stolberger Feuerwehr konnte Dr. Werner Pfeil Herrn Bürgermeister Dr. Tim Grüttemeier und dem Amtsleiter Andreas Dovern direkt eine positive Nachricht überbringen: Das Land NRW investiert in die Verbesserung der Übungsmöglichkeiten für die Feuerwehren. Dies ist u.a. notwendig,

da die freiwilligen Feuerwehren aufgrund des besseren Brandschutzes zu immer weniger Einsätzen gerufen werden und hierdurch die Routine fehlt. Mit dieser Initiative rannte er dann auch gleich offene Türen ein. Amtsleiter Dovern berichtete, dass seit Jahren aus Umweltschutzgründen nicht mehr das Löschen eines Autobrandes mit Schaum trainiert werden konnte, da hierfür eine Ölabscheidewanne fehle. Laut Pfeil soll es in jedem Bezirk des Landes mindestens eine Übungsanlage geben.

Kriminalstatistik: NRW ist sicherer geworden!



die Einbrecher beispielsweise nicht in die Wohnung gelangten. Dr. Pfeil MdL begrüßte in diesem Zusammenhang die Fortsetzung der Kampagne „Riegel vor! Sicher ist sicherer“. „Die Kampagne leistet eine gute Aufklärungsarbeit. Ich empfehle jedem Häusle-Besitzer sich bei den Beratungs-

stellen über die verschiedenen Präventionsmöglichkeiten zu informieren“, so der Würselener Abgeordnete.

Bei der Gewaltkriminalität gibt es glücklicherweise ebenfalls einen rückläufigen Trend. Hier gab es einen Rücklauf von 4,2% auf 46.654 Fälle. Die Aufklärungsquote liegt in diesem Bereich bei 73,7%.

Der Innenminister teilte darüber hinaus mit, dass nur ein Drittel aller Straftaten von Personen ohne einen deutschen Pass verübt wurden ist. Der Anteil der Zuwanderer liegt nur bei 8,7% und ist von 2016 auf 2017 um 16,9% gesunken.

Im März 2018 präsentierte NRW-Innenminister Herbert Reul eine positive Kriminalstatistik in Düsseldorf und freute sich über einen Rückgang der Straftaten um über 6,5%. Dies ist der stärkste Rückgang in über 30 Jahren bei der höchsten Aufklärungsquote seit fast 60 Jahren. Die Aufklärungsquote lag im vergangenen Jahr bei 52,3%. Dr. Werner Pfeil MdL, Mitglied des Innenausschusses des Landtags, freut sich vor allem über den starken Rückgang bei Wohnungseinbrüchen. Die Zahl der Wohnungseinbrüche war um 25,7% im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Von den 39.057 Wohnungseinbrüchen in Nordrhein-Westfalen blieb es bei 46,3% bei einem versuchten Wohnungseinbruch, da

Plenarrede zu Tihange: Gespräche weiterführen

Auch im ersten Halbjahr war das Thema „Tihange“ wieder Bestandteil der Landtagsdebatten. In seiner Plenarrede am 01.03. begrüßte Dr. Werner Pfeil MdL die Resolution des Stadtrates von Lüttich und forderte die Beteiligten auf, die Gespräche mit der belgischen Seite weiterzuführen. Die Kritik der Opposition wies Pfeil zurück, da diese selbst in den eigenen Regierungsjahren nicht tätig geworden ist.



Umgang mit Großschadensereignissen

**Amt für Rettungswesen und Bevölkerungsschutz
der StädteRegion Aachen leistet gute Arbeit**

Dr. Werner Pfeil MdL informierte sich beim Amt für Rettungswesen und Bevölkerungsschutz der StädteRegion Aachen über deren Arbeit als untere Katastrophenschutzbehörde. Frau Cremer (Amtsleiterin) und Herr Nellesen (Arbeitsgruppenleiter Katastrophenschutz) informierten im Rahmen eines Hintergrundgespräches umfassend über verschiedene Szenarien und die Zusammenarbeit mit den niederländischen und belgischen Nachbarn. Im Innenausschuss des Landtags ist Pfeil als Fachsprecher zuständig für die Feuerwehren und den Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen. In dieser Eigenschaft absolvierte er seinen Antrittsbesuch beim Amt A38 der StädteRegion Aachen in der Simmerather

Kranzbruchstraße. Von dort aus wird der Katastrophenschutz in der StädteRegion Aachen verantwortet. Schwerpunktthema des Besuchs bildete der Katastrophenschutz, der hauptsächlich durch Ehrenamtler sichergestellt wird. Frau Cremer und Herr Nellesen schilderten Eindrucksvoll die Arbeit und die Herausforderungen in diesem Bereich. So werden die Katastrophenschützer im Alltag durch viele Nebenaufgaben (Wartungen u. Verwaltung) belastet und müssen eine Vielzahl unterschiedlicher Vorschriften beachten. Beispielsweise gelten für Fahrzeuge, die vom Bund zur Verfügung gestellt werden, andere Vorschriften wie für Fahrzeuge des Landes NRW oder der StädteRegion Aachen.

Besuchen Sie uns im Landtag am 11. Oktober 2018

Auch in diesem Jahr lädt Dr. Werner Pfeil MdL interessierte Bürger der Region Aachen wieder zu einem Besuch in die Landeshauptstadt ein. Auf dem Programm steht die Teilnahme an einer Plenarsitzung

(Besuchertribüne), ein Hintergrundgespräch mit Dr. Pfeil MdL (Bild) und eine Stadtführung durch die Düsseldorfer Altstadt.

Interessierte können sich bereits gerne bei uns unter wahlkreis@wpfeil.de melden.



Eine weitere Problematik besteht darin, dass bundes- oder landesweit keine einheitlichen Kriterien für den Katastrophenschutz gelten, da dieser in der Verantwortung der jeweiligen Kreise oder kreisfreien Städte liegt. Dies kann bedeuten, dass die Reaktion auf ein bestimmtes Szenario (z.B. ein flächendeckender Stromausfall) innerhalb Nordrhein-Westfalens unterschiedlich ausfallen kann.

Dr. Werner Pfeil MdL nahm eine Vielzahl an Themen aus dem Gespräch mit nach Düsseldorf und hat angekündigt diese aufzugreifen.

Der Termin endete mit einem Besuch im Lagezentrum des Hauses (Bilder), in dem bei besonderen Ereignissen, wie zum Beispiel beim Sturm Frederike Anfang des Jahres, der Krisenstab zusam-

menkommt. In dem Raum koordinieren dann die beteiligten Organisationen (Polizei, Feuerwehr, THW, Bundeswehr usw.) ihre Arbeit.



Im Krisenstab des Katastrophenschutzes, v.l. Hr. Nellessen, Frau Cremer und Herr Dr. Pfeil MdL.

Wiederwahl bei allen Parteiämtern



Geschäftsführender Kreisvorstand des KV's Aachen-Land bei der Frühjahrsklausur 2018

Im ersten Halbjahr standen auf zahlreichen Ebenen Neuwahlen der Vorstände an. Die Parteitagssaison begann mit den Kreisvorstandswahlen des Kreisverbandes, wo Dr. Werner Pfeil erneut als Kreisvorsitzender bestätigt worden ist.

Es folgte der Bezirksparteitag (dieses Jahr im Kreis Heinsberg). Auch dort wurde der Bezirksvorstand unter Markus Herbrand MdB bestätigt. Dr. Werner Pfeil MdL ist erneut Stellv. Bezirksvorsitzender.

Abschließend fanden die Neuwahlen des Landesvorstandes auf dem diesjährigen Landesparteitag statt. Auch hier wurde Dr. Werner Pfeil MdL in seinem Amt als Beisitzer bestätigt. Er vertritt dort neben Markus Herbrand MdB den Bezirksverband Aachen.

Hebammenversorgung der Region sicherstellen

Berufsbild attraktivieren und Aachener Fachhochschule zum Ausbildungsstandort machen.

In der aktuellen Vergangenheit informierte die Presse regelmäßig über den drastischen Mangel an Hebammen im Rhein-Maas-Klinikum Würsen und der Eifelklinik St. Brigida in Simmerth. In Würselen mußte die Entbindungsstation zwischenzeitlich geschlossen werden. Pfeil sieht verschiedene Gründe für den aktuellen Mangel:

"Da ist zum einen die Berufshaftpflichtversicherung, die immer noch sehr hoch ist, auch wenn der Bund zwischenzeitlich tätig wurde, da sind aber auch die Krankenhäuser, die zu vernünftigen Konditionen Hebammen anstellen müssen oder faire Verträge mit den Beleghebammen schließen müssen.", so Pfeil. Eine weitere Problematik besteht in der bevorstehenden Akademisierung der Hebammen-Ausbildung, die die EU in einer Richtlinie ab 2020 vorschreibt. Für die Hebammen ist politisch der Bund

verantwortlich, der an die Länder bisher keine Richtlinie zur Umsetzung der Akademisierung gesendet hat. So gibt es derzeit viel Anlass zur Spekulation. Pfeil fordert: "Wir müssen regionale Studiengänge anbieten, nur so können wir die Versorgung in der Region und im ländlichen Raum sicherstellen. Es müssen daher ab 2020 auch Studiengänge in Aachen angeboten werden. Auch ist eine weitere Zusammenarbeit mit der Hebammenschule im Luisenhospital wünschenswert." Des Weiteren muss der neue Studiengang auch über die Grenzen hinweg abgestimmt sein, denn unsere niederländischen und belgischen Nachbarn haben die Akademisierung bereits umgesetzt und belgische Hebammen arbeiten zum Teil als Beleghebammen in der Eifelklinik in Simmerath.



Eifelklinik wichtiger Standort

Pfeil setzt sich dafür ein, eine Entbindungsstation in der Eifelklinik zu erhalten. „Es gibt keine andere Möglichkeit für die Versorgung in der Eifel“, so Pfeil. Einer hochschwangeren Frau sei der Weg nach Aachen oder Stolberg schlichtweg nicht zumutbar. „Dies ist einfach zu gefährlich für Mutter und Kind“, beharrt Pfeil auf den Standort.



Hoher Besuch zum Stadtrundgang durch Stolberg

Ministerin Scharrenbach besucht Stolberg und informiert sich über das Projekt „Soziale Stadt“

Gemeinsam mit Stolbergs Bürgermeister Dr. Tim Grüttemeier empfing Pfeil die Landesministerin für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung, Ina Scharrenbach von der CDU, in Stolberg. Auf einem Spaziergang durch die Alt-Stadt zeigte Bürgermeister Grüttemeier der Ministerin die Problemstellen der Innenstadt auf. Hintergrund des hohen Besuches aus der Lan-

deshauptstadt war die Aufnahme der Stadt Stolberg in das Förderprogramm „soziale Stadt“. Scharrenberger lobte bei ihrem Besuch die Stadt Stolberg als verlässlichen Partner und zeigte sich optimistisch, dass Stolberg die weitere Wiederbelebung der Innenstadt gelingen wird.



Interessanter Besuch im Parlament von Ostbelgien

Gemeinsam mit dem Bezirksverband der Liberalen Frauen besuchte Pfeil das Ost-Belgische Parlament und wurde dort von Parlamentspräsident Alexander Miesen und der liberalen Abgeordneten Jenny Baltus-Möres empfangen. Baltus-Möres ist auch Mitglied im Regionalparlament der Wallonie. Die Besucher aus der StädteRegion Aachen erhielten einen tiefen Einblick in die belgische Verwaltungsstruktur und die Abläufe im ost-belgischen Parlament.



Eine Information des Abgeordneten:

Dr. Werner Pfeil MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel. (0211) 884- 2898

Fax (0211) 884- 3644

Mail: werner.pfeil@landtag.nrw.de

Web: www.wernerpfeil.de